Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin · 5. Jahrg.
60 Pfg. für auswärts

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 75.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche postamtlichen Bestellungen entgegen. Unser Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 50.— M., für das übrige Ausland 77.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9

Dienstag, 14. März 1922

Nummer 124 · Abend-Ausgabe

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.25 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Genueser Konferenz wieder gefährdet?

Frankreich und England verzichten?

EE. Paris, 14. März 1922.

Die „Chicago Tribune" erklärte heute, daß die Ablehnung der Vereinigten Staaten, an der Konferenz in Genua teilzunehmen sowie die Forderung Rußlands, Sachverständige an den Beratungen der interalliierten Sachverständigen in London teilnehmen zu lassen, haben die Aussichten auf das Zustandekommen der Konferenz außerordentlich verringert, so daß man damit rechnet, daß diese überhaupt nicht zusammentreten werde. Poincaré habe sich endgültig entschlossen, der Konferenz nicht beizuwohnen und folge somit dem Beispiel Amerikas, das die Konferenz gleichfalls nicht beschicken wird. Diese Haltung der französischen Regierung erkläre sich aus zwei Tatsachen: Erstens glaube Frankreich nicht daran, daß die Konferenz wirkliche Erfolge haben könnte. Zweitens lasse es die Reise Millerands, die er im April und Mai nach Algier und Marokko unternehmen wird, unpassend erscheinen, daß zu gleicher Zeit auch der Ministerpräsident das Land verlasse.

Das Blatt möchte übrigens auch erfahren haben, daß sich Lloyd George bereits mit dem Gedanken vertraut mache, daß die Konferenz von Genua nicht zustandekomme. Er wäre damit einverstanden, daß sie bis zum Herbst verschoben würde, weil dann mehr Aussicht bestünde, daß die Vereinigten Staaten, sobald einmal die Verträge der Washingtoner Konferenz ratifiziert sind, am Wiederaufbauwerk Europas doch teilnehmen werden.

Rußlands Vorbereitungen für Genua

Moskau, 12. März (Iskra).

Bei der Sektion für Kommunalverwaltung beim Volkskommissariat für innere Angelegenheiten wurde eine Kommission gebildet, die damit betraut wurde, das notwendige Material für die Konferenz von Genua vorzubereiten. Der Kommission wurde die Aufgabe übertragen, alle Schäden festzustellen, die die Kommunalunternehmungen der Sowjetrepublik durch den imperialistischen und Bürgerkrieg erlitten haben. Wie aus dem Volkskommissariat verlautet, soll der vorläufige Bericht der Kommission mit der Feststellung einer Schadenssumme in der Höhe von 50 344 000 Goldrubel abschließen.

*

Chamberlain erklärte im Unterhause, die russische Sowjetregierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß die russische Delegation auf der Genueser Konferenz aus Lenin, Tschitscherin, Krassin, Litwinoff und 11 anderen Personen bestehen werde. Das Parlamentsmitglied Wedgwood stellte die Anfrage, ob Schritte getan worden seien, um die russischen Delegierten gegen Ermordung zu schützen. Chamberlain erwiderte, dies sei eine Frage, welche die italienische Regierung angehe.

Der inoffizielle Vertreter Amerikas

London, 14. März.

„Daily Telegraph" meldet aus Washington, daß die Vereinigten Staaten auf der Konferenz von Genua ihre Interessen inoffiziell schützen lassen werden. Auf Ersuchen des Präsidenten Harding werde der vormalige Präsident der National City-Bank, Frank Vanderlip, als inoffizieller „Beobachter" für die Vereinigten Staaten an der Genueser Konferenz teilnehmen. Frank Vanderlip, der am Sonntag von Amerika abgefahren sei, werde Ende der Woche in London eintreffe

Der neue Reparationsplan

„Chicago Tribune" veröffentlicht heute den schon von einigen Tagen erwähnten neuen englisch-italienischen Reparationsplan. Nach diesen Angaben wird die deutsche Schuld in zwei Arten geteilt: der erste Teil, der als eine ruhende Schuld anzusehen ist, entspricht dem Betrage der alliierten Kriegsschuld, der zweite Teil, der Deutschland zur Last fällt und dessen Bezahlung baldigst erfolgen soll, ist die Wiederaufbauschuld. Entgegen dem „Petit Parisien" wird die Höhe der letzteren Schuld von der „Chicago Tribune" mit 40 Milliarden Goldmark angegeben, deren Begleichung wie folgt erfolgen soll: 10 Milliarden Goldmark in Gold und 30 Milliarden Goldmark in Sachlieferungen. Die 10 Milliarden Goldmark sollen innerhalb von 5 Jahren durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden. Die ruhende Schuld von 65 Milliarden Goldmark soll nur auf Verlangen eines der Gläubiger beglichen werden.

Die Vermittlungsaktion Cachins

In dem französischen Gewerkschaftsorgan „Peuple" berichtet der Korrespondent im Departement Jura über eine öffentliche Versammlung der Jura-Stadt Lons-le-Saulnier, in der das Mitglied des kommunistischen Zentralvorstandes Cartier referierte. Auf eine Frage eines Versammlungsteilnehmers wegen der Gerüchte über Cachins Vermittlungsaktion antwortete Cartier: „Genossen, ich bin um so besser in der Lage, Ihnen mitzuteilen, was sich tatsächlich zugetragen hat, als ich an der Sitzung des Zentralverbandes der Kommunistischen Partei teilgenommen habe, in der über diesen Gegenstand debattiert wurde. Es ist falsch, daß eine unmittelbare Aktion Cachins bei Poincaré stattgefunden hat. Es ist aber **durchaus richtig, daß Radek Cachin mit einer Mission bei Poincaré beauftragt, und daß sich** Cachin dieses Auftrages durch eine Mittelsperson entledigt hat."

Der „Peuple" bemerkt dazu, daß noch vor wenigen Tagen der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Frossard, auf die ersten Gerüchte einer solchen Mission in der „Humanité" erklärt hatte, daß alle derartigen Gerüchte falsch seien, und daß sich weder eine direkte noch eine indirekte Fühlungnahme zwischen Cachin und Poincaré ereignet hätte. Das Gewerkschaftsblatt stellt fest, **daß der Generalsekretär der Kommunistischen Partei somit einer neuen Lüge überführt sei.**

Der russische Außenhandel

Eine Unterredung mit Krassin.

gk. Moskau, den 11. März 1922.

Die „Iswestija" veröffentlichen eine Unterredung mit Krassin, der sich sehr ausführlich über die Bedingungen äußerte, unter denen ein Handelsverkehr Rußlands mit dem Auslande stattfinden könne. Er führte aus: **„Die Einführung eines freien russisch-ausländischen Handels ist ganz ausgeschlossen.** Ein solcher Handel kann bei dem Zustand Rußlands nicht erlaubt werden und wird nicht erlaubt werden. Der Sowjetstaat muß das Außenhandelsmonopol unbedingt in der Hand haben. Würde er seine Kontrollrechte aufgeben, so würden sich dieselben Folgen zeigen, die sich in Deutschland und Oesterreich gezeigt haben, ein Ausverkauf des Landes zu Schleuderpreisen. Bei dem Warenhunger, der in Rußland herrscht, würden die russischen Verkäufer und Käufer vollständig vom Auslandskapital abhängig werden, und damit auch die Staatsgewalt in finanzielle Abhängigkeit vom Ausland bringen. Ein Staat kann auf das Außenhandelsmonopol nur verzichten, wenn er einen tadellos funktionierenden Zoll- und Steuerapparat hat, wie wir ihn heute nicht haben.

Im übrigen aber bedeutet die Monopolisierung des Außenhandels durchaus nicht die Ausschließung der Privatwirtschaft. Das Privatkapital soll an dem Außenhandel teilnehmen, aber dem Staat muß die Regulierung des Handels und die Sicherstellung der Staatsinteressen vorbehalten bleiben, weil bei der Konkurrenz, die sich einzelne russische Unternehmungen beim Außenhandel machen müßten, aller Gewinn, der etwa zu erwarten ist, verloren gehen würde. Ebensowenig kann das Kommissariat für Außenhandel dem privaten ausländischen Kapitals freie Wirtschaft in Rußland zubilligen und ihm erlauben, russische Rohstoffe auszuführen und als Gegenleistung den Russen schlechte Auslandswaren zu liefern. So würde sich doch der Handel abspielen, wenn der Staat ihn nicht überwacht. Ein russisch-ausländischer Handelsverkehr ist überhaupt nur möglich, wenn dazu nur die größten und solidesten ausländischen Firmen herangezogen werden, und zwar in der Form von sogenannten gemischten Gesellschaften, deren Kapital von Rußland und vom Ausland gestellt wird. Die gesetzlichen Unterlagen für die Bildung solcher Gesellschaften sind geschaffen. Das Kommissariat für Außenhandel wird Sitz im Direktorium dieser Gesellschaft haben und sie kontrollieren können. Es wird durch seine Kapitalbeteiligung automatisch an allen etwaigen Gewinnen aus dem Handelsverkehr beteiligt sein. Wir glauben bestimmt, daß das Auslandskapital auf diese Bedingungen eingehen wird, sobald es erst begriffen hat, daß die Hoffnung, es könne in Rußland frei schalten, unerfüllbar ist."

Um Oberschlesien

EP. Genf, den 14. März.

Nachdem die beiden Delegationen auf der deutsch-polnischen Konferenz am 11. März die von dem Präsidenten Calonder erbetene Denkschrift über die strittigen Punkte eingereicht haben, ergibt sich, daß es hauptsächlich folgende vier Punkte sind, über die Calonder zu entscheiden haben wird, falls nicht noch in diesen Tagen eine direkte Verständigung auf Grund der fortgeführten Verhandlungen der beiden Bevollmächtigten Schiffer und Olszewski mit Calonder zustande kommt:

1. Die Frage der Liquidation der deutschen Güter und Interessen in den an Polen fallenden Teilen Oberschlesiens. Der deutsche Standpunkt in dieser Frage ist der, daß durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz über Oberschlesien diese Liquidationen verhindert werden und ein Uebergangsregime geschaffen werden soll, auf Grund dessen die Liquidationen, wie es in der Entscheidung heißt, nur im Falle der Sabotage usw. sollten stattfinden können. Die Polen vertreten dagegen den Standpunkt, daß die Liquidationsbestimmungen der Entscheidung der Botschafterkonferenz nur auf die Großindustrie anwendbar sind, dagegen keine Anwendung finden können auf die übrigen deutschen Güter und Interessen.

2. Die Frage der Liquidation der deutschen Staatsgüter, der Besitzungen des Kaisers usw. durch Polen, wobei die Deutschen der Ansicht sind, daß auf diese ebenfalls die Grundsätze der Entscheidung der Botschafterkonferenz anzuwenden seien, während die Polen den Artikel 256 des Versailler Vertrages allein für maßgebend halten.

3. Die Frage des Schutzes der Minderheiten, für die die Polen nur einige Ausnahmen in bezug auf Schule und Gericht zugestehen wollen, während die Deutschen ein Sonderabkommen für nötig halten.

4. Die Frage der Zuständigkeit der gemischten Kommission und des Schiedsgerichts.

Im Laufe der Woche werden weitere Einigungsversuche unternommen werden, und in der nächsten Woche wird Calonder an die Ausarbeitung seiner Entscheidung gehen. Etwa am 25. März dürften die Verhandlungen beendet sein. Die Unterzeichnung der Verträge wird erst nach Ostern stattfinden können.

März-Erinnerungen

Als die Monarchisten durch die von ihnen ausgehenden Provokationen vom 6. und 24. Dezember 1918 sowie von Anfang Januar 1919 nicht zum Ziele gekommen waren, lauerten sie auf eine neue Gelegenheit, das republikanische Proletariat mit Vernichtung zu schlagen.

Nach den Januarkämpfen von 1919 waren insbesondere die (nach Noskes Angaben auf Initiative von Otto Wels gegründete) Republikanische Soldatenwehr und die Volksmarinedivision den Monarchisten ein Dorn im Auge. Die kaiserlichen Offiziere und Beamten, namentlich der mit dem ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten von Jagow befreundete Geheimrat Döme (der spätere Kappist) trieben die S. P. D. dauernd zu Konflikten mit der Berliner Arbeiterschaft, soweit sie der U. S. P. oder der K. P. D. angehörte. Dauernd lagen die Generale Herrn Noske und den sonstigen S. P. D.-Ministern mit Verdächtigungen gegen die „unzuverlässigen" Soldaten und Matrosen in den Ohren. In der Tat waren die Republikanische Soldatenwehr und die Volksmarinedivision (die je aus Anhängern der U. S. P. und S. P. D. bestanden), für die Lösung solcher Konflikte, auf die die Offiziersbanden hintrieben, nicht zu gebrauchen.

Da beschloß der Groß-Berliner Arbeiterrat am Montag, den 3. März 1919, den Generalstreik, auf dessen Beweggründe des Raumes halber hier nicht eingegangen werden kann. Der „Vorwärts" berichtete damals darüber:

„Unsere Genossen enthielten sich der Abstimmung, die durch Handaufheben nunmehr die Mehrheit für den Streik zeitigte. Unser Fraktionsredner gab angesichts des Mehrheitsbeschlusses die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft Solidarität üben werde."

Jetzt hielten die Monarchisten ihre Zeit für gekommen.

Am Tage zuvor, Sonntag, den 2. März, schon hatte die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung, getrieben von den monarchistischen Offizieren und Beamten, bereits beschlossen, für den Fall des Streiks den Belagerungszustand zu verhängen, Noske zum Oberbefehlshaber zu ernennen und Kriegsgerichte einzusetzen, d. h. den monarchistischen Offizieren Gelegenheit zu bieten, ihre zu erwartenden Taten mit einem Schein von Gesetzlichkeit zu umgeben. Nachträglich plauderten die militärischen Stellen aus („Voss. Ztg." vom 8. März 1919):

„Als am Montag nachmittag auf den Antrag der Unabhängigen die Proklamierung des Generalstreiks beschlossen wurde, waren sich die Reichsregierung und das Preußische Staatsministerium darüber klar, daß der Generalstreik von den Spartakisten mißbraucht werden würde, um in der Reichshauptstadt Unruhen hervorzurufen und mit bewaffneter Hand gegen die Regierung vorzugehen. Infolgedessen wurde vom Preußischen Staatsministerium in einer Bekanntmachung zwei Stunden später das Standrecht proklamiert und der Reichswehrminister Noske zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt. Noske ordnete sofort die Alarmbereitschaft der außerhalb Berlins untergebrachten Freiwilligentruppen an. Die Regierungstruppen setzten sich noch im Laufe des Abends in Marsch und trafen am Dienstag morgen in Berlin ein.

Ihre Verteilung war so angeordnet, daß der Norden Berlins von der Gardekavallerie-Division, der Osten von der deutschen Schutzdivision, der Süden von gemischten Brigaden, der Westen von der Brigade Reinhardt und der Division Hülsen besetzt wurde. Für die Sicherheit des Zentrums Berlins sollten die der Kommandantur Berlin unterstehenden Truppen des Gardekorps, ferner die republikanische Soldatenwehr und später auch die Volksmarinedivision sorgen. So sicher die Regierung der Garderegimenter und der Freiwilligentruppen war, so wenig war sie sich darüber im Zweifel, daß die Volksmarinedivision zum größten Teil, die Republikanische Soldatenwehr nahezu zur Hälfte von spartakistischen Elementen durchsetzt und geneigt war, beim ersten Anlaß zu den Aufrührern überzugehen. Die Ereignisse der nächsten Tage haben gezeigt, wie berechtigt dieses Mißtrauen war, **und wie taktisch geschickt es gewesen war, diese unzuverlässige Truppe rings von regierungstreuen Truppen einschließen zu lassen."**

Dazu ist zu bemerken, daß die U. S. P. nicht an die Anwendung von Waffengewalt dachte; auch die „Rote Fahne" hatte ihre Leser aufgefordert, sich nicht auf Schießereien einzulassen. Die „Freiheit" wurde vorübergehend, die „Rote Fahne" für längere Zeit unterdrückt.

Nun beachte man, wie fein der monarchistische Plan ausgeklügelt war. Nachdem die Republikanische Soldatenwehr und die Volksmarinedivision eingekreist worden waren, wurden sie von den Freikorps der Offiziere beschossen. Selbst der „Vorwärts" sagte am 8. März 1919:

„Nach Angaben der Republikanischen Soldatenwehr soll am Mittwoch eine Abteilung der Volksmarinedivision von der Kommandantur, die das entschieden bestreitet, zu Räumungszwecken auf dem Alexanderplatz entsendet worden sein. Sie wurde von der aus Augustinern und Freiwilligen bestehenden Hilfsbesetzung des Polizeipräsidiums beschossen."

Die beschossenen Matrosen wehrten sich natürlich, was ihnen nachher als ein „Treubruch" angekreidet wurde. Der preußische Kriegsminister Reinhard meinte nämlich am 17. März in der Preußischen Landesversammlung: „Was den Treubruch eines Teiles der Wehren und Matrosen anbelangt, so kann eine kleine nicht verständliche Schießerei, wie sie auf dem Alexanderplatz vorgekommen sein mag, einen solchen niemals entschuldigen." Noske, oder vielmehr seine Hintermänner, hatten nun in dem pro-

vozierten „Treubruch" einen Vorwand gefunden, die Republikanische Soldatenwehr und die Volksmarinedivision aufzulösen. Nun hatte die Republik nur noch — kaiserliche Truppen.

Um die nötige Stimmung für die völlige Abschlachtung der republikanischen Soldaten und Matrosen zu schaffen, wurde die Mär erfunden, in Lichtenberg seien von den Spartakisten 60 Polizeibeamte ermordet worden. Da die bürgerliche Presse nicht so leichtgläubig war wie die sozialdemokratischen Minister, weigerte sie sich, das Märchen ihren Lesern vorzusetzen. Erst auf wiederholtes energisches Verlangen der militärischen Stellen und des Preußischen Ministerium des Innern hat sich die bürgerliche Presse gefügt und das Lichtenberger Mordmärchen veröffentlicht. Noske, dem es wohl an den erforderlichen geistigen Gaben fehlte, die Zusammenhänge zu überschauen, hat hinterher die bürgerliche Presse für den Schwindel verantwortlich machen wollen. Das war der Anlaß, warum die bürgerliche Presse die wahren Schuldigen genannt hat. (Siehe insbesondere „B. Z. am Mittag" vom 14. 3. 1919.) Obwohl feststand, daß der bereits erwähnte Geheimrat Doyé (der spätere Kappist) vom Ministerium des Innern für den Schwindel verantwortlich war, gab sich der Ministerpräsident Hirsch in der preußischen Landesversammlung zu folgendem Verlegenheitsgestammel her:

„Meine Damen und Herren, Sie dürfen nicht vergessen, daß die ungeheure Aufregung, die sich aller bemächtigt hatte, die in irgendeine unmittelbare Verbindung mit den unerhörten Vorgängen in Lichtenberg gekommen waren, diese unzutreffenden Nachrichten, so bedauerlich auch an sich eine falsche Berichterstattung an die Presse ist, namentlich in einer so wichtigen Frage, verständlich erscheinen, entschuldbar erscheinen läßt."

Der Lichtenberger Mordschwindel war für Noske der Anlaß, seinen Offizieren das grausamste Vorgehen zu befehlen; das war auch der Vorhang, hinter dem die Ermordung Leo Jogiches und die der Matrosen in der Französischen Straße geschah. Durch die Prozesse gegen Marloh und vor allem gegen v. Kessel im März 1921 ist festgestellt worden, daß Marloh die von ihm ermordeten 29 Matrosen nicht auf eigenen Antrieb, sondern „auf direkten Befehl des Oberkommandos Noske" (Bekundungen des Herrn v. Kessel am 15. März 1921 „Vossische Zeitung" Nr. 125) erschossen hat. Marloh sollte sogar alle Matrosen umbringen, die ihm in die Hände fielen, was dieser aber schaudernd ablehnte. Darum auch die Bemühungen der Herren Staatsanwälte Zumbroich (des späteren Kappisten) und Weismann (des nachmaligen Staatskommissars für öffentliche Ordnung), den Marloh in Sicherheit zu bringen. Darum auch die Bemühungen des Hauptmanns Pabst (des späteren Kappisten) und des Polizeipräsidenten Eugen Ernst, den Marloh zur Flucht zu bewegen, um einen Prozeß zu vermeiden.

Die damaligen Minister der Republik haben den kaiserlichen Offizieren in jener Zeit schlechthin alles geglaubt und immer erst lange Zeit hinterher gemerkt, daß sie betrogen worden sind. Der Justizminister Heine erzählte z. B. am 14. März 1919 der Preußischen Landesversammlung, das Berliner Polizeipräsidium sei von Matrosen, Spartakisten und Schwerverbrechern so sehr zu einer Ruine zusammengeschossen worden, daß es „fraglich sei, ob das Gebäude überhaupt wiederhergestellt werden kann." Das Gebäude steht aber mit verhältnismäßig geringfügigen Ausbesserungen heute noch so wie vor 1918; der Minister Heine hatte leichtfertig einen Schwindel nachgebetet, den er selbst als solchen hätte erkennen müssen. Der Kriegsminister Reinhardt setzte am 17. März 1919 der preußischen Landesversammlung den Schwindel vor, in Adlershof seien den „Aufrührern" 27 Maschinengewehre, 650 Gewehre und Karabiner, 2321 Seitengewehre, 475 000 Patronen abgenommen worden. Zwei Tage später mußte Reinhardt selbst zugeben, daß davon auch nicht eine Silbe wahr war!

Ueberhaupt; was ist damals geschwindelt worden! Das „8-Uhr-Abendblatt" berichtete über „Fliegerbomben der Spartakisten" und über die Beschießung des Volksbühnen-Gebäudes am Bülowplatz mit Artillerie und Minen, weil sich Spartakisten darin eingenistet hatten. Ein systematischer Lügenfeldzug wie im August 1914, der ebenso viele dumme Gläubige fand wie jener! Und hinter den Kulissen: Nach Noskes eigenen Angaben 1200 Tote in Berlin. Ein Jahr später, im März 1920, ließen die kaiserlichen Offiziere und Beamten ihre Masken fallen. Der Kapp-Putsch war da, und die damalige bürgerlich-sozialistische Regierung riß vor ihren bisherigen Freunden aus.

Demokratische Utopien

Die Demokratische Partei tritt im politischen Leben Deutschlands mit einer Anmaßung auf, die im umgekehrten Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Bedeutung und der Echtheit ihrer Demokratie steht. Das deutsche Bürgertum hat schon 1848 gezeigt, daß es unfähig ist, gegen den feudalen Monarchismus ernsthaft zu kämpfen und eine bürgerlich-demokratische Republik zu errichten. So befindet sich denn das deutsche Bürgertum auch heute noch zum überwiegenden Teile im Banne mittelalterlich-feudaler Anschauungen; die geringe Bedeutung der demokratischen Partei und die Anlehnung dieser Gruppe an die monarchistisch-schwerindustrielle Deutsche Volkspartei beweisen das ganz deutlich. Um so mehr muß es in Erstaunen setzen, wenn man immer wieder hört, wie die Demokratischen Partei sich für den Mittelpunkt alles politischen Geschehens hält und danach strebt, die Brücke zwischen den Klassen zu bilden.

Die neueste Utopie über die weltgeschichtliche Aufgabe dieser im innersten undemokratischen Partei hat der Freiherr von Schoenaich in einer Rede vor der Demokratischen Partei Berlin-Mitte herausgebracht. In dem Bericht der „Vossischen Zeitung" heißt es: „Freiherr von Schoenaich glaubt, daß die Zeit für eine große Bürgerpartei, mit Einschluß der Volkspartei und der Unabhängigen, nicht mehr fern ist, und daß mit Hilfe der Bodenreform manche Klassengegensätze sich überbrücken lassen."

Diese Idee ist köstlich! Welche Weltfremdheit und Unkenntnis des politischen und ökonomischen Lebens spricht sich in dem Glauben aus, daß sich die schon seit Jahrzehnten tobende und immer schärfere Formen annehmende Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit durch eine demokratische Illusion einfach aufheben läßt!

Der große Erfolg

Eine Tagung der Deutschen Volkspartei.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am 11. und 12. März in Berlin unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann eine Tagung ab. Am ersten Tage beschäftigte sie sich mit der Aufbringung der finanziellen Mittel für die Partei. Es wurde hervorgehoben, daß die Geldentwertung an die Organisationen neue große Anforderungen stelle. Der zweite Tag war mit der Aussprache über die politische Lage ausgefüllt. Stresemann hielt den einleitenden Vortrag. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, die der Parteileitung, der Reichstagsfraktion und den preußischen Ministern der Partei das einmütige Vertrauen des Reichsausschusses zum Ausdruck bringt. Der offizielle Bericht sagt von der Tagung, es habe sich auf ihr völlige Einmütigkeit ergeben, und man könne nicht mehr von Spaltungen, Schwankungen und dergleichen reden. „Es konnte", so heißt es weiter, „mit aller wünschenswerten Deutlichkeit festgestellt werden, daß auch nach Auffassung der Parteiorganisation im Lande eine klare, zielbewußte und folgerichtige Politik befolgt worden ist, die schließlich in einem großen Erfolg gipfelte, daß nämlich die von der Deutschen Volkspartei als einer außerhalb der Regierung stehenden Partei, die soeben noch dem Reichskanzler das Vertrauen versagt hatte, aufgestellten Richtlinien für die künftige Politik von eben diesem Reichskanzler und den Regierungsparteien rückhaltlos angenommen worden sind."

Es ist in der Tat ein eigenartiges Bild, daß die Regierung sich von einer außenstehenden Partei, und noch dazu von der Partei des Herrn Stinnes, die Richtlinien ihrer Politik vorschreiben läßt. Die Rechtssozialisten werden nicht mehr behaupten können, daß sie noch irgendwelchen bestimmenden Einfluß ausüben können. Stinnes regiert die Stadt.

Herr Weismann

Der dem Reichstag vorliegende Entwurf des Reichshaushalts zeigte im Ministerium des Innern die eine erfreuliche Tatsache, daß der Reichskommissar für öffentliche Ordnung in Zukunft wegfallen sollte. Diese Mitteilung begrüßte Genosse Dr. Rosenfeld bei der Beratung des Etats als ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Regierung die Zwecklosigkeit dieser Einrichtung einzusehen beginne. Daraufhin erhob sich Minister Köster und gab die erstaunliche Erklärung ab, daß die Reichsregierung gar nicht daran gedacht habe, den Reichskommissar für öffentliche Ordnung in Wegfall kommen zu lassen, daß dies vielmehr lediglich durch den Reichsrat geschehen sei, der gegen den Willen der Reichsregierung weitere Mittel für den Reichskommissar abgelehnt habe. Die Folge dieser Erklärung war natürlich, daß die bürgerlichen Parteien beantragten, den Reichskommissar weiter bestehen zu lassen. Ferner beantragten sie, die für die Nachrichtenstelle des Reichskommissars vorgesehene Summe von 200 000 M. auf 2 Millionen M. zu erhöhen. Der Reichskommissar selber suchte die Notwendigkeit seiner Existenz dadurch zu erweisen, daß er vortrug, sein Amt habe im letzten Jahre festgestellt, daß von allen dort eingehenden Nachrichten über Putschversuche von rechts oder links 80 bis 90 Prozent falsch seien. Woraus Genosse Rosenfeld die entgegengesetzte Konsequenz zog, daß nämlich die ganze Arbeit überflüssig sei, da die zu bearbeitenden Nachrichten ja fast alle falsch seien! Der Reichskommissar stellte in Abrede, Spitzel zu beschäftigen, und er behauptete auch, daß er durchaus objektiv alle Bewegungen rechts und links beobachte. Minister Köster trat ebenfalls für den Reichskommissar ein. Der Antrag der Unabhängigen Fraktion, den Reichskommissar sofort in Wegfall kommen zu lassen, erhielt nur die Stimmen unserer Genossen. Es verblieb dabei, daß der Reichskommissar künftig, d. h. vom 1. 4. 1922, in Fortfall kommen soll, doch wurde von allen bürgerlichen Parteien beschlossen, die für die Nachrichtenstelle zur Verfügung stehenden Mittel auf 2 Millionen Mark zu erhöhen.

Es gibt noch Richter in Deutschland!

Die Voruntersuchung auf versuchten Totschlag, die gegen den Schloßbesitzer von Petzow im Anschluß an sein Attentat auf den Arbeiter Nietert eingeleitet worden war, ist nunmehr abgeschlossen. Ein Antrag der Potsdamer Staatsanwaltschaft, noch weitere Beweise zu erheben, wurde vom zuständigen Untersuchungsrichter abgelehnt, und die Potsdamer Strafkammer ist diesem Beschluß des Untersuchungsrichters beigetreten. Im Laufe dieser Woche wird es sich entscheiden, ob das Untersuchungsergebnis einen ausreichenden Grund für die Erhebung der Anklage auf versuchten Totschlag gegen Herrn v. Kähne darstellt oder ob das Verfahren gegen ihn eingestellt werden wird. Daß gegen Kähne ein Verfahren wegen unerlaubten Waffentragens eingeleitet wird, steht bereits fest.

Es gibt noch Richter in Deutschland, wird Herr v. Kähne befriedigt sagen. Wenn auch der Pöbel diese richterliche Weisheit nicht versteht, wenn das gemeine republikanische Volk auch findet, daß diese Rechtsprechung mit dem normalen Rechtsempfinden nicht übereinstimmt, so macht das gar nichts. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiter niedergehalten werden.

Für die Beurteilung, wie ein unerlaubter Besitz von Waffen geahndet werden muß, liegen ja eine Fülle von Gerichtssprüchen vor. Hunderte von Arbeitern hat man nach dem Kapp-Putsch und nach der kommunistischen Märzaktion lediglich deswegen hart verurteilt, weil bei ihnen unberechtigter Waffenbesitz festgestellt wurde. Glaubt jemand, daß dieses Maß der Beurteilung auch bei dem Petzower Raubritter angewandt wird, der nachgewiesenermaßen den größten Unfug mit seinen Waffen angerichtet und seine Kinder — Mignon von Kähne, ein edles deutsches Schießweib, und Karl von Kähne, der hoffnungsvolle Raubritter junior — zum Gebrauch der Waffen gegen wehrlose Menschen angewiesen hat, deswegen ernstlich bestraft wird? Kein Gedanke: es gibt ja noch Richter in Deutschland, und was für welche!

Film am Dienstag

Filmschau

Im Oswald-Theater läuft „Der Unheimliche", mit dem Untertitel: „eine gruselige Komödie". Er ist zwar nicht gruselig, nicht Komödie, er könnte aber trotzdem ein über den Durchschnitt hinausragender Film sein. Denn er betritt ein für filmmäßige Auswertung höchst fruchtbares Gebiet, in das der Kurbelkasten sich bisher nur darum fast gar nicht hineinwagen wollte, weil er sich seit jeher für berufen hielt, das für ihn besonders geeignete zu vernachlässigen. So lagern die alten Volkschroniken mit ihrem von naiver Volksphantasie gewirkten Zauber immer noch versiegelt und verstaubt. Sie bilderbuchartig nachzuschaffen und zu beleben, dazu wäre der Film wohl in der Lage, und mit Lösung dieser Aufgabe wäre ihm ein neuer Weg geebnet. Aber —! Vor sechs Jahren sprach ich mit Henny Porten von der „Monica Vogelsang" und von der Wirkung, die ihre Verfilmung im Stil alter Bilderbücher auslösen könnte. Die Porten fing Feuer, sie las dann das Buch. Nach der Lektüre fand ich sie, wie sie mit rotgeweinten Augen vor sich hinschaute. Die Direktion überraschte uns, ich wurde abgekanzelt: ich solle der Henny Porten nicht mit Extravoganzen den Kopf verdrehen, sie hätte bisher „moderne" Ehebruchs- und ähnliche Dramen gespielt und sich über den Erfolg Gott sei dank nicht zu beklagen gehabt, folglich liege kein Anlaß vor, den Kurs zu ändern. Er wurde nicht geändert, aber die Porten trug ihren Lieblingswunsch doch jahrelang mit sich herum, und endlich erschien die „Monica" mit der Porten in der Titelrolle. Was war das für Verschandlung der naiven Volkschronik! Man suchte einen Mittelweg zwischen der primitiven Phantasie eines Bilderbuches und einem „Gesellschaftsdrama mit modernem Einschlag" und fand, da es hier keinen Mittelweg gibt, was man gar nicht erst zu suchen brauchte, weil mans auch so schon hatte: Phantasielosigkeit und üblen schweißigen Geruch, die Kennzeichen der gutbürgerlichen Filmdramatik, die es auf die Tränendrüsen eines von Schundromanen erzogenen Publikums absieht. Der „Unheimliche" erfaßt schon eher den Charakter einer Volkschronik, und da er noch dazu Wien und Umgebung aus den 1840er Jahren zum Schauplatz hat, hätte nur eine kundige Hand anzulegen brauchen, um uns mit der sentimentalen Phantastik und dem wehmütigen Humor jenes sorglos dahinlebenden Völkleins warm ums Herz zu machen. Doch trotz mancher Ansätze fehlt die kundige Hand. Außer dem Bildchen, wo ein dürres Pferd mit Karre und Sarg dem steilen Schindanger zustrebt, bleibt nichts haften, und Bruno Decarli, der nun mal keinen Sinn für altwiener Humor hat, tut einem leid, wie er sich mit heißem Bemühen mit der Hauptrolle abquält.

Ein „Sportfilm" will die im Tauentzienpalast vorgeführte „Siebente Nacht" sein. Sie behandelt das Schicksal eines Radfahrers, und da dieser von einem wirklichen Radfahrer, Franz Krupkat, gespielt wird, und ein Teil der Aufnahmen Szenen aus dem Berliner Sechstagerennen bringt, werden ziemlich viele Millionen Kinobesucher auf die Reklame, die für diesen Film gemacht wird, hereinfallen. Die das wirkliche Sechstagerennen gesehen und dessen geistabtötende Wirkung nicht verspürt haben, weil etwas, was nicht da ist, auch nicht getötet werden kann, die werden sich nachträglich auch noch den Film ansehen wollen, um in süßen Erinnerungen zu schwelgen. Die übrigen Millionen aus der Provinz, denen der Sportpalast unerreichbar war, werden sich ihn erst recht ansehen. Und damit wird in der planmäßigen Vergiftung der Volksseele ein weiteres Stück Weg zurückgelegt werden. Ein Trost bleibt: die Zuschauer werden wohl so sehr im Bann der Aufnahmen vom Rennen stehen, daß sie keine Zeit haben werden, sich von der um das Rennen herumgedichteten dünnen Handlung um das bißchen Kritikfähigkeit, über das manch einer vielleicht noch verfügt, bringen zu lassen.

Der Film „Nosferatu", der anläßlich seiner Verführung am Festabend im Marmorsaal so große Beachtung bei der Berliner Presse gefunden hat, kann hier leider nicht besprochen werden. Es ist uns nämlich keine Einladung zugegangen, wahrscheinlich, weil die „Brana-Film-Gesellschaft" einem so unaristokratischen Blatt wie die „Freiheit", die Fähigkeit, auf einem Fest, neben Repräsentanten des Adels würdig fungieren zu können, nicht zutraut.

Dosto Kassler.

*

Es wird immer behauptet, die deutschen Filme überträfen alle anderen an Sorgfalt der Regie, künstlerischem Gehalt und Sauberkeit des Inhalts. Ich kann das beim besten Willen nicht finden. Aber es gibt Filme, auf die das alles zutrifft: das sind die schwedischen. Auch „Um das Erbe" ist solch ein typisch schwedischer Film. Das Manuskript ist nicht besser und wirkt als irgendein deutsches Durchschnitts-Filmmanuskript. Aber diese ziemlich alberne Geschichte wird ganz reizend dargestellt von hübschen, gewandten, lebensfrohen und lebensfrischen Schauspielern, denen man, Gott sei Dank, nur sehr selten anmerkt, daß sie Schauspieler sind. Dazu die schönen schwedischen (oder waren es in diesem Falle dänische?) Landschaftsbilder — fast als machte man an schönen Frühlingstagen einen Ausflug über Land. — Außerdem sah man noch eine blöde, witzlose Filmposse von Leo Peukert und eine lustige, wirbelnde amerikanische Filmgroteske: „5000 Dollar für ein Kind". So langweilig die Backfisch-Albernheiten des kurzatmigen Peukert sind, so ulkig sind die Uebertreibungen und Klownerien der Amerikaner, von denen jeder Akrobat und Komiker zugleich zu sein scheint. Das fürnehme Publikum der Tauentzienstraße allerdings scheint für das rasende Tempo und die harmlose Kindlichkeit der Amerikaner zu dumm und zu langsamen Geistes. Es fühlt sich bei Peukert in seiner eigenen Stumpfsinnigkeit wohler. H. S.

Volksbühne. Die Erstaufführung von Paul Gurks „Verfahren" im Neuen Volkstheater kann infolge von Erkrankungen erst am Sonntag stattfinden.

Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland veranstaltet am Donnerstag, im Schwechtensaal einen Flaubert-Abend. Programm, Mitwirkende und Verkaufsstellen werden noch bekannt gegeben.

Hebbels Judith

Deutsches Theater

Es ist kein Zufall, daß sich die Dichter, und vor allem die Dramatiker, aller Völker so oft und so gewitzt Stoffe aus der Bibel geholt haben und noch holen. Sie ist das erstaunlichste und das inhaltreichste Buch der Weltliteratur. Sie ist vielmehr kein Buch, sie ist eine ganze Bibliothek, die Literatur eines ganzen Volkes. Bis zu seiner nationalen Vernichtung hat das Volk der Juden in den Büchern des alten Testaments alles das zusammengetragen, was es des Aufschreibens und Aufbewahrens für wert hielt. Aus vielen Jahrhunderten ist hier die ganze Literatur eines hochbegabten, schwerprüfenden, seltsamen Volkes vereint: Gebete, Gesänge, religiöse Vorschriften, Sagen, Märchen, geschichtliche Daten, Liebeslieder, Balladen, Erzählungen, Predigten, Rätsel und sogar Anstandsregeln, Sprüche, Sprichwörter, Gesetze, Familienstammbäume, kurzum alles, was die eine Generation der anderen überlieferte, soweit es nicht auf dem Weg durch die Jahrhunderte völlig verstümmelt oder völlig verloren wurde. Und was sind das für Balladen und Gesänge und Geschichten!

„Judith" ist ein Jugendwerk Friedrich Hebbels. Er hat sich mit diesem Stoff nicht eine der weisen und gütigen, sondern eine der grausamen, blutriefenden Geschichten aus der Bibel geholt. Keine Menschen, sondern „Helden".

Holofernes belagert die Judenstadt Bethulien. Er hat geschworen, alle Bewohner der Stadt zu töten. Judith rettet ihre vor Durst und Hunger schon fast wahnsinnigen Volksgenossen. Sie geht ins Lager des Holofernes und ermordet ihn, während er schläft. So erzählt die Bibel. — Hebbel bohrt tiefer. Sein Holofernes ist ein Heide, der an nichts glaubt als an seine eigene Kraft, ein Unmensch ohne Gewissen, der tötet und vernichtet, nur um sich und andern seine Macht zu beweisen, und ein im Grunde leeres Leben auszufüllen — wenn auch nur mit Mord und Totschlag. — Hebbels Judith ist eine jungfräuliche Witwe, deren Mann gestorben ist, ohne sie zu berühren. Ihr Leben ist ausgefüllt durch einen maßlosen Stolz auf „ihren" Judengott und ihr „von Gott auserwähltes" Judenvolk. Sie haßt Holofernes und zieht aus, ihn zu töten, weil keiner der Männer Bethuliens den Mut dazu findet. Nun aber kompliziert Hebbel den Konflikt: Holofernes liebt sie — und nimmt sie: sie, von seiner männlichen Stärke, die sie bei ihren Volksgenossen bisher vergeblich gesucht hat, einen Augenblick wie betäubt, gibt sich ihm wohl nicht gerade, aber läßt sich nehmen und tötet dann erst den im Liebesrausch Entschlafenen. Sie tötet ihn — nicht mehr, um die Stadt zu befreien, sondern um ihre Ehre, ihre befleckte Reinheit, ihr beleidigtes Frauentum zu rächen. Sie tötet nicht Holofernes, den grausamen Feldherrn, sondern Holofernes, den Mann, dem sie als Frau unterlag.

Den Kampf der Geschlechter, den ein halbes Jahrhundert später Strindberg so oft und so unerbittlich bohrend dramatisiert hat, Hebbel deutet ihn hier an. Er geht diesem Konflikt nicht auf den Grund. Er kann ihm nicht auf den Grund gehen, weil er in

Die Gewerkschaftsinternationale zum 1. Mai

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam versendet folgenden Aufruf:

Mehr als je drückt die Last des Lebens auf die Arbeiterklasse. Und doch hatte man den Arbeitern für die Zeit nach dem Kriege Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen gemacht!

Unverstand und böser Wille der Regierungen haben jedoch die feierlich gegebenen Versprechungen zunichte gemacht. Die Hoffnung der Arbeiter auf bessere Tage kann sich von jetzt ab nur gründen auf die eigene Aktion.

Der Versailler Friedensvertrag,

der das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker verwirklichen und ein neues Europa auf der Basis der gegenseitigen Völkerhilfe hätte erschaffen sollen, hat zu den alten Ursachen der Zwietracht noch neue gefügt und das wirtschaftliche Gleichgewicht vollkommen zerstört.

Dieser Prozeß einer allgemeinen, rapid gesteigerten Verwirrung wurde noch ergänzt durch den Zusammenbruch der gesamten Produktion, den das enorme Sinken der Valuta in den verschiedenen Ländern bewirkte. Die Folgen dieses Zustandes sind eine erschreckende Arbeitslosigkeit und bittere Not im Haushalt des Arbeiters. Von dieser katastrophalen Situation hat einzig die Reaktion profitiert die neu erwacht und erstarkt in der ganzen Welt triumphiert. Allen diesen Feststellungen zum Trotz verharren die Machthaber in ihrer Taubheit und widersetzen sich in absichtlicher Verkennung der Tatsachen den Forderungen der Arbeiterklasse, die im Interesse der Gesamtheit die Sanierung und Reorganisation der Wirtschaft verlangt.

Diese Forderungen: planmäßige Verteilung der Rohstoffe, Stabilisierung der Geldwerte, Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel wurden im Namen der organisierten Arbeiterschaft bereits auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß vom November 1920 in London erhoben.

Diese Tatsachen zeigen die Notwendigkeit, den internationalen Geist in den Massen immer mehr zu pflegen und zu stärken, um den Egoismus der Kapitalistenklasse zu brechen und ihrem nationalistischen und chauvinistischen Treiben ein Ende zu machen.

Von diesem Geist des Internationalismus zeugten die Arbeiterkongresse der letzten Jahre, deren Beschlüsse und Entschließungen den Weg gewiesen haben für eine friedliche und wahrhafte Lösung der Probleme des Ruhrgebietes, des Saarreviers und der oberschlesischen Frage.

Dieser selbe internationale Geist beseelt die

24 Millionen

in unserer Internationale vereinten Mitglieder und verleiht uns damit die moralische Autorität, für einen neuen Frieden die Grundlagen zu schaffen, der die allgemeine Abrüstung zur Voraussetzung hat.

Dieser internationale Geist hat die Hilfsaktion für unsere österreichischen Brüder, die Unterstützung der ungarischen Kameraden in ihrem Kampfe gegen den weißen Terror und das Mordregime der ungarischen Machthaber ermöglicht. Dieser Internationalismus hat schließlich den Aufruf, den hungernden russischen Arbeitern und Bauern zu Hilfe zu kommen, zur lebendigen Tat werden lassen, sowie er es war, der seinerzeit durch Verhinderung des Waffentransports für Polen Sowjetrußlands im Kampfe gegen seine polnischen Angreifer unterstützt hat. Dieser Internationalismus, der von den Prinzipien eines neuen und höheren Menschentums ausgeht, wird freilich von den gegenwärtigen Regierungen und den Vertretern des internationalen Kapitals befehdet, die in ihm eine ernste Bedrohung ihrer Macht und ihrer materiellen Interessen sehen. Wissen sie doch nur zu gut, daß das kapitalistische System zu bestehen aufhören wird, sobald sich die Völker vom Geist des Nationalismus befreit haben.

Arbeiter der Welt!

Unser Wohl, das Wohl der Welt verlangt den Sieg des Internationalismus! Wir rufen Euch auf, mit allen Euren Kräften diesen Geist zu stärken und zum Siege zu führen. Bekundet diese Eure internationale Gesinnung durch Massenbeteiligung an den Demonstrationen und bietet der Welt das Schauspiel proletarischer Solidarität.

Mögen jene, in deren Händen heute die Macht ist, sich gegenwärtig halten, daß es mit der alten Zeit vorbei und eine neue Epoche angebrochen ist.

Millionen von Arbeitern erheben sich heute in machtvoller Eintracht zur Verteidigung ihrer Interessen, die zugleich die Interessen der Menschheit sind. Die Losung im Kampf der Arbeiter muß heute sein:

Gegen die Reaktion! Für den Weltfrieden!

Der diesmalige Maitag muß eine Demonstration sein für die Macht der geeinten Arbeit!

Auf Beschluß des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden in den Hauptstädten Europas Redner aus anderen Ländern das Wort führen.

Die Form, in der sich die Manifestation zu vollziehen hat, wird jede Zentrale selbst entscheiden. Aber welcher Art die Maifeier auch sei: allüberall sollen Demonstrationsversammlungen abgehalten werden und die allgemeine Arbeitsruhe die Macht und Solidarität der Arbeit bezeugen, unter der Losung:

Gegen die Reaktion, die die wirtschaftliche Versklavung des Arbeitervolkes befestigen will!

Gegen die Reaktion, die Militarismus und Kriegsgeist verewigen will!

Auf, für die Verteidigung des Achtstundentages und menschenwürdiger Löhne!

Der Ruf der verbündeten Arbeit sei: „Krieg dem Kriege! Es lebe die internationale Solidarität der Völker!"

Vorsitzender A. H. Thomas; Vizevorsitzende: L. Jouhaux, C. Mertens; Sekretäre: J. Oudegeest, Edo Fimmen.

Gute Zeiten für Mörder

Wie aus Breslau berichtet wird, ist von der dortigen Oberstaatsanwaltschaft der Steckbrief gegen den Heidelberger Privatdozenten Dr. Arnold Ruge aufgehoben worden. Ruge war, wie noch bekannt ist, Leiter einer Nachrichtenzentrale des Freikorps Oberland, die auf Schloß Bielau in Schlesien ihren Sitz hatte. Diese Nachrichtenorganisation stand mit den Münchener Mörderzentralen in engster Verbindung. Sie zog nicht nur aus ganz Deutschland Mannschaften und militärische Ausrüstungsgegenstände für die Freikorsbanden nach Oberschlesien, sondern sie hatte auch einen ausgedehnten politischen Geheimdienst eingerichtet.

Dr. Ruge, ein wüster antisemitischer Agitator, stand auch in dem dringenden Verdacht, eine Reihe von Mordplänen entworfen zu haben. Ebenso soll er hinter verschiedenen Mordtaten stehen, die in Oberschlesien auf Befehl der Geheimorganisationen verübt worden sind. Nachdem es der badischen Staatsanwaltschaft gelungen war, die Spur der Erzbergermörder aufzudecken, gelang es auch, hinter die Geheimnisse der Nachrichtenorganisation des Herrn Ruge zu kommen. Eine beabsichtigte Haussuchung auf Schloß Bielau wurde aber dadurch illusorisch gemacht, daß Ruge vorher von schlesischen Behörden gewarnt wurde. Das wichtigste Material konnte rechtzeitig beiseite gebracht werden. Ruge wurde zwar verhaftet, aber trotz stärkster Verdachtsmomente kurz darauf vom Untersuchungsrichter wieder freigelassen. Ruge hat sich darauf nach München begeben und sich dann in das europäische Mörderparadies, nach Horthyungarn, geschlagen.

Der Vorfall hat seinerzeit viel Staub aufgewirbelt. Gegen die Breslauer Justiz wurden die schwersten Vorwürfe erhoben und auch das preußische Justizministerium strengte eine Untersuchung an. Jetzt setzte die Breslauer Staatsanwaltschaft diesem freventlichen Spiel der Behörden die Krone auf, indem sie den Steckbrief gegen Ruge einfach aufhebt. Neben den vielen anderen Verbrechern deutschnationaler Richtung kann sich nun auch der Oberverschwörer Ruge ungestört in Deutschland aufhalten und sich der Vorbereitung neuer Mordpläne und Verschwörerakte widmen. Aus den ganzen Versprechungen, die die Regierung beim Erzbergermord gegeben hat, ist nichts geworden. Die Mörder Erzbergers befinden sich unter dem Schutz des Oberschuftes Horthy in Ungarn. Die Geheimorganisation C ist weder in Preußen noch im übrigen Reich zerschlagen. Ihre Führer befinden sich allesamt auf freiem Fuße. Nicht eine Bestrafung ist bisher erfolgt. Und es ist beschämend, daß die Besatzungsbehörde in Düsseldorf es war, die wenigstens in den besetzten Gebieten den militärischen Geheimbanden auf den Leib rückte und einige dieser Verbrecher bestrafte.

Im republikanischen Deutschland ist eine ähnliche Maßnahme nicht zu erwarten. Hier genießen derartige Verbrecher öffentlichen Schutz. Die Justiz versagt vollkommen. Dafür ist sie um so eifriger bemüht, die gegen Arbeiter, die sich aus Anlaß der Erzbergerdemonstration gegen die deutschnationalen Verbrecherbanden wendeten, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorzugehen. Den Beschützern der Republik, die sich in Abwehr einer unerhörten Provokation zu belanglosen Ausschreitungen hinreißen ließen — das Zuchthaus. Den Verbrechern, die den Sturz der Republik und den politischen Mord planmäßig betreiben — die goldene Freiheit! Das sind die Rechtszustände in dieser Republik.

Eine ernste Mahnung

Das „Bayerische Bauernblatt" beschäftigt sich mit dem gewaltigen Anziehen der Getreidepreise. Die Gestehungskosten seien zwar gestiegen, meint das Blatt, und deshalb müsse der Bauer entsprechende Preise beanspruchen, aber es fährt dann fort: „Wer aber den wilden Handel mit hohen Preisen bedient, versündigt sich an der Volksgemeinschaft und schadet letzten Endes dem Bauernstand selbst, weil die Preisschraube ohne Ende schließlich wieder zu Zwangsmaßnahmen führt, unter denen der Bauernstand schwer zu leiden hat." Das Blatt bittet die Obmänner des Bayerischen Bauernvereines, **mit gutem Beispiel voranzugehen und keine Preise zu verlangen, die man vor Gott und seinem Gewissen nicht verantworten kann.** Die Not des Vaterlandes und die Not der Armen, die auch ums tägliche Brot bitten, darf nicht ausgebeutet werden. Möchten doch die Gutgesinnten in den Gemeinden mit gutem Beispiele vorangehen und ihrerseits Kontrolle üben gegenüber jenen, die gewissenlos genug sind, ohne Rücksicht auf ihre Mitmenschen Preise zu verlangen, die nicht mehr zu rechtfertigen sind.

Erfreulich ist diese ernste Mahnung aus den Kreisen des Bauernstandes immerhin. Aber wir zweifeln, daß sie auf fruchtbaren Boden fallen wird.

---

den Figuren seines Dramas keine Menschen sieht, sondern Helden, Helden einer alttestamentarischen Ballade, deren Worte und Gebärden zu groß und zu pompös sind, als daß man ganz allgemein menschliche und dazu recht komplizierte Dinge durch sie ausdrücken könnte. Holofernes hat nicht einen, Judith nur wenige menschliche Züge.

Hätte Hebbel in ihnen weniger die Heldenfiguren als den Mann und das Weib gesehen, in Holofernes weniger den kraftstrotzenden Wüterich als mehr den herten, einsamen Mann, in Judith weniger das Heldenweib als die Frau, die voll Fanatismus an eine Aufgabe herangeht, vielmehr in eine Aufgabe sich stürzt, für die ihre Kräfte am Ende doch nicht reichen, — ich glaube dieses Drama würde lebendiger sein, als es heute ist. Heute kommt uns diese Art von Heldentum, besonders dieser blutrieselnde Wüterich ein bißchen komisch vor. Und wenn zum Schluß die stolze Heldin Judith in der Erinnerung an den von ihr geschlachteten, doch immerhin imponierenden Feldherrn, voller Verachtung ihren jubelnden Volksgenossen die bitteren Worte hinwirft: „Ich habe den ersten und den letzten Mann getötet, — damit ihr euren Kohl bauen und eure Ziege melken könnt", — dann geben wir dem heldenverehrenden Hebbel und seiner stolzen Judith durchaus Unrecht. Zwecklos allerdings: damit die gepänzerten, schmierigen Bewohner von Bethulien wieder ihren Kohl bauen können, damit die Mütter wieder Milch haben für ihre Kinder, darum und nur darum mußte das alte Untier Holofernes umgebracht werden. Nicht ihre gekränkte Mädchenunschuld, sondern dies gibt Judith das Recht, das unbeschränkte Recht zu ihrem Mord. Denn daß der kleine Ahia in Bethulien seinen Kohl baut, und daß die Mütter Milch für ihre Kinder haben, das ist weit wichtiger als alles was ein dicker, fetter großmächtiger General durch alle seine Feldzüge und Heldentaten jemals erreichen könnte, und wenn er zehnmal der „erste und der letzte Mann" ist, und Holofernes heißt, und eine Krone auf dem Kopfe hat.

Es wäre sehr leicht (die großen dichterischen Schönheiten auch dieser Dichtung des gewaltigen Hebbel in allen Ehren!) und es wäre gewiß auch recht plötzlich, die großen Worte dieser Tragödie zu parodieren und lächerlich zu machen. Dem Regisseur des „Deutschen Theaters" Berthold Viertel gelingt es beinah, aber gegen seinen Willen. Er unterstreicht die Bullenbeißer-Furchtbarkeit des Holofernes derartig, daß man wirklich beinah lachen muß. Das war kein unheimlicher, dämonischer Herrscher und Feldherr, sondern ein alberner Popanz und Kinderschreck. Heinrich George sah immerhin beängstigend scheußlich aus (wie eine Kreuzung zwischen Bulldogge und Golem); aber wenn er sich bewegte oder zu sprechen anfing, merkte man rasch, daß er nur ein verkleideter Unteroffizier war. Subaltern vom Kopf bis zu den Füßen. Agnes Straub war wundervoll als Witwe. Während sie die Geschichte ihrer unheimlichen Brautnacht erzählte. Nachher als Heldenweib immer erstarrter und kälter: ein steinernes, kein menschliches Bild. (Wann endlich läßt man diese Künstlerin wieder an menschlichere Rollen, wie die der Lady Milford, herrlichen Angedenkens?). Die übrigen taten, was sie konnten. Es war nicht viel.

Hans Siemsen.

Die große Aussperrung in England

London, 14. März (Intel.).

Aus Anlaß der Aussperrung der 400 000 Mechaniker hat die Arbeiterschaft verschiedener Industriezentren die nicht Mitglieder des Mechanikerverbandes sind, die Ausrufung des Sympathiestreiks beschlossen. Die Föderation der Unternehmer hat ihren Mitgliedern in einem Geheimzirkular empfohlen, diejenigen Arbeiter, die aus dem Mechanikerverband austreten, nicht auszusperren. Dagegen sollen alle jene unorganisierten Arbeiter, die den Sympathiestreik erklären, sofort entlassen werden.

Heute werden die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer der Schiffswerften wieder aufgenommen.

Der Aufstand in Südafrika

London, 18. März (Intel.).

Nach einer Meldung aus Pretoria setzen die Regierungstruppen ihre Einkreisungsbewegungen in der Umgebung von Johannisburg fort. Die Aufständischen wurden von den Regierungstruppen geschlagen, etwa 2000 von ihnen gefangengenommen. Im Westen der Stadt mußten sich die Truppen des Generals Venters im Kampf mit den Aufständischen gegen Vanenis zurückziehen. Ein vom Sonntag datiertes Telegramm aus Johannisburg besagt, daß in der Schlacht von Brich-Bridge Aeroplane, Artillerie und Infanterie beteiligt waren. Die Stadt Sonsburg ist noch in den Händen der Revolutionäre, die Schützengräben ausgehoben, Barrikaden erbaut haben, und entschlossen sind, sich mit allen Kräften zu verteidigen.

Explosion in den Höchster Farbwerken

Höchst a. Main, 18. März.

In den Höchster Farbwerken explodierte gestern nachmittag ein Essigsäurekessel, dabei wurden zwei Arbeiter getötet, ein dritter schwer verletzt. Ueber die Ursache der Explosion ist nichts bekannt. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Fabrikbahnzug der Farbwerke mit mehreren Güterwagen der Staatsbahn am Sonnabend abend wurde ein Rangierarbeiter der Farbwerke totgedrückt.

Richtlinien für künftige Lohnkämpfe

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission.

Die Diskussion über die letzten Streiks und Beratung der Richtlinien des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission wurde am Montag in der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des Afa-Bundes zu Ende geführt.

Als erster Redner behauptete Knebel, daß der Metallarbeiterverband anläßlich des Eisenbahnerstreiks in demagogischer Weise versucht habe, dem Eisenbahnerverband Mitglieder abzutreiben. Unter freien Gewerkschaften sei eine derartige Handlung aufs schärfste zu verurteilen. — Jäger beantragte, daß vor der Abstimmung über die Richtlinien diese in allen Gewerkschaften zur Diskussion gestellt werden. — Vollmershaus wandte sich gegen den ADGB. Es käme nicht nur darauf an, Forderungen aufzustellen, sondern man habe ihnen auch zu ihrer Durchsetzung zu verhelfen. Unter keinen Umständen dürfe sich der ADGB. in ein bestimmtes parteipolitisches Fahrwasser drängen lassen. Zur Abwehr der

Technischen Nothilfe

müßten über die Fortführung der Arbeit in lebenswichtigen Betrieben zwischen den Organisationen Abmachungen getroffen werden. Scharf wandte er sich gegen die unwürdigen Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerkschaften. Verständnisvolle Zusammenarbeit sei mehr als je notwendig. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Streiks setzte sich Vollmershaus für Annahme der Richtlinien des Ausschusses ein. — Reinefeld vertrat die Ansicht, daß eine Ursache der Niederlage der städtischen Arbeiter darin zu suchen sei, daß die einzelnen Organisationsvertreter Mitgliedervertrauensleute fürchteten. Die Richtlinien dürften ohne wesentliche Aenderungen nicht angenommen werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Organisationen müsse diesen erhalten bleiben. Was unter den Begriff „Notstandsarbeit" falle, sei von den Organisationen festzulegen. — Polenske führte die sich zeigende Gewerkschaftsmüdigkeit auf den politischen Richtungsstreit zurück. Die Brüderlichkeit der Arbeiterschaft gehe durch diesen Streit vor die Hunde. Da beim Streik der städtischen Arbeiter 90 Prozent der Mitglieder des Gemeindearbeiterverbandes im Streik standen, mußte durch die Ortsverwaltung versucht werden, den Streik zu einem möglichst guten Abschluß zu bringen. Die Ortsverwaltung durfte nicht abseits stehen. Die Notstandsarbeiten seien nicht verweigert worden, denn diese Arbeiten sind im Interesse der Erhaltung der Betriebe notwendig. Gegen den Maßlichen Erlaß würden sich die Gemeindearbeiter mit allen Kräften wenden. Aus taktischen Gründen wurde Forderungen wie Nichtverlegung des Regierungsviertels usw. nicht nähergetreten. Der AdA sei nicht aus dem Lohnkartell ausgeschlossen worden, sondern auf Grund der Vorkommnisse seien Schmidt und Krüger einmütig als Vertreter vom Lohnkartell abgelehnt worden. Außerdem seien die Vertreter des AdA. zu den letzten Vorverhandlungen überhaupt nicht erschienen. Der Entwurf der Richtlinien des Ausschusses sei ein Produkt des Augenblicks und müssen entsprechend eingeschätzt werden. Einzelne Paragraphen des Entwurfs könnten unter keinen Umständen akzeptiert werden. — Pinka wandte sich gegen die Ausführungen Knebels und entkräftete sie. Das

Fazit der letzten Bewegungen

sei eine gewisse Erschütterung aller Organisationen, die nur durch verstärkte Aufklärung paralysiert werden könne. Aus freimütiger Disziplin heraus müßten die Vorschriften der Statuten beachtet werden. Es seien die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Mitglieder der „Technischen Nothilfe" nicht mehr Mitglieder der freien Gewerkschaften sein können und zwar auch dergestalt, daß die Gewerkschaften den Umfang der zu verrichtenden Notstandsarbeiten festlegen.

Nach dem Schlußwort des Referenten Ortmann wurde der Antrag Jäger abgelehnt. Die vom Ausschuß vorgelegten „Allgemeinen Richtlinien für zukünftige Lohnbewegungen" wurden mit starker Majorität ohne jede Abänderung angenommen.

Genosse Sobath gab dann ein Telegramm der Auslandsdelegation der Sozialrevolutionäre Rußlands bekannt, in dem an die Sozialisten der Welt appelliert wird, mit allen Kräften für die Befreiung der verhafteten Sozialisten und deren Führer in Rußland einzutreten und der grausamen bolschewistischen Parteirache in die Arme zu fallen.

Mit scharfen, eindrucksvollen Worten geißelte Genosse Sobath mit diesen verwerflichen und verräterischen sowie den Sozialismus kompromittierenden Methoden der Bolschewiki ab und forderte die Freilassung der verhafteten russischen Sozialisten und deren Führer. Einstimmig gab die Versammlung den Erklärungen Sobaths ihre Zustimmung.

Maifeier.

Auf Grund der Beschlüsse des ADGB. und der beiden sozialistischen Parteien wird die Gewerkschaftskommission zur Arbeitsruhe am 1. Mai aufrufen.

Lehrerkonferenz Berlin-Brandenburg

Von der Sektion der USP.-Lehrer wird uns geschrieben:

Die Lehrerschaft ist zu allen Zeiten von den politischen Parteien stark umworben worden. Das Gros der politisch tätigen Lehrer stand vor dem Kriege im Lager der liberalen Parteien, und hier in Berlin waren die Lehrer die zuverlässigste Kampftruppe des Stadtfreisinns.

Allerdings hat dieses Verhältnis durch die rückständige Schulpolitik derer um Herrn Cassel zuletzt eine empfindliche Störung erlitten. Auch die preußischen Konservativen haben seit 1900 etwa nicht ohne Erfolg um die Volksschullehrerschaft geworben, und auch sie haben mit Rücksicht auf den Lehrerfang ein Stück ihrer traditionellen Bildungsfeindschaft in die Ecke gestellt. Als aber die Lehrer in Berlin und Vororten gelegentlich einer Gehaltsbewegung sich auch mit sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertretern in Verbindung setzten, da schickte — es war im Jahre 1910 — die Regierung zu Potsdam eine Verfügung in die Schulhäuser und machte den Lehrern klar, daß „dem Ansehen und der Würde des Lehrerstandes mit einem derartigen Verhalten nicht gedient sein kann".

Die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen, die sich zum Sozialismus bekennen, ist noch heute in Preußen nicht besonders groß. Schwerer Schaden erwuchs der sozialistischen Lehrerbewegung dadurch, daß es Heinrich Schulz gelang, mit nicht gerade sozialistisch anmutenden Mitteln die sozialistische Lehrerschaft zu spalten.

Die sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen werden jedenfalls gut tun, ihre Werbearbeit ohne besondere Rücksicht auf die jetzigen und künftigen Schul- und Stadträte in ihren Reihen, die doch wohl als Vertreter unserer Arbeitgeber — Staat und Gemeinde — anzusehen sind, noch etwas mehr auf Massenpolitik einzustellen. Auch Lehrer und Lehrerinnen sind in ihrer geistigen Einstellung und in ihrer Arbeitsweise Produkte ihres Arbeitsverhältnisses, von den Nachwirkungen der Seminarerziehung einmal abgesehen. Und auch sie haben ein Recht darauf, daß sie von uns als das beurteilt werden. Hat doch auch die Masse der Arbeiter einst im Lager der bürgerlichen Demokratie gestanden. Nur wenn die sozialistische Lehrerschaft es versteht, sich als ehrliche und energische Verfechterin der notwendigen Verbesserung im Lohn- und Arbeitsverhältnis der gesamten Lehrerschaft zu erweisen, wird sie über den derzeitigen nicht eben erfreulichen Stand hinauswachsen und etwas werden können, was man als Ansatzstück zu einer Massenbewegung ansprechen kann.

Von den drei sozialistischen Parteien dürfte zur Zeit die SPD. den größeren Teil der sozialistischen Lehrerschaft in ihren Reihen mustern. An unserer Partei verblieb nach dem Parteitag zu Halle hier in Berlin nur eine recht bescheidene Zahl von Berufsgenossen. Seitdem hat sich unsere Entwicklung aber in aufsteigender Linie bewegt, so daß wir uns heute zutrauen dürfen, mit der parteigenössischen Lehrerschaft der Provinz Brandenburg Fühlung zu nehmen, um den Ortsgruppen und insbesonder den vereinzelten Berufsgenossen in kleinen Orten in der Arbeit für die Bildungsziele der Partei einen Verbindungs- und Stützpunkt zu bieten. In absehbarer Zeit sind wir vielleicht in der Lage, eine wenn auch lockere Verbindung für das ganze Reich herzustellen. Wir denken nicht an eine Verbindung nach der Art der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (SPD)", die in ihren Beschlüssen und auch finanziell von den oberen Parteiinstanzen abhängig ist und der man darum im Interesse der Kompromißpolitiker zumuten konnte, den sachverständigen Schwätzeugen für den Reichsschulgesetzentwurf zu spielen. Wir wahren vielmehr unseren Berufsgenossen völlige Freiheit in der Vertretung ihrer Berufs- und Bildungsinteressen. Selbstverständliche Voraussetzung ist es uns dabei, daß sie sich in erster Linie als treue und arbeitsfreudige Mitglieder ihrer örtlichen Parteiorganisation betätigen sollen.

Wenn schon die preußische Lehrerschaft im allgemeinen nicht ein besonders ergiebiger Boden für die sozialistische Agitation zu sein scheint, so wird es mitunter noch schwerer halten, Lehrer und Lehrerinnen für die sozialistische Politik unserer Partei zu gewinnen, die in grundsätzlicher Einstellung auf das Ziel des Sozialismus und ohne Rücksicht auf Augenblickserfolge ihren Weg zu gehen gedenkt. Trotz alledem wollen wir mit guter Zuversicht unsere Berufsgenossen von den besonderen Gesichtspunkten ihrer Berufsinteressen her in Richtung auf den Sozialismus in Bewegung bringen und die Reihen unserer Partei durch sie zu stärken suchen.

Unsere Zusammenkunft findet am Sonntag, den 19. März, vorm. 9 Uhr, im Rathaus Zimmer Nr. 109 statt. Die Tagesordnung ist in der vorigen Sonntagsnummer der „Freiheit" abgedruckt. Wir bitten die Organisationsleitungen in der Provinz, Lehrer und Lehrerinnen auf unsere Veranstaltung aufmerksam zu machen. Eine lückenlose Beteiligung erwarten wir natürlich von den Genossen Groß-Berlins. Parteigenossen und Lehrerinnen, denen eine Beteiligung unmöglich ist, senden ihre Anschrift an die Genossin E. Beck, S 42, Fürstenstr. 7.

Belehrungskursus für Mieter

Ueber die Ausführung des vielumstrittenen § 10 der Höchstmietenverordnung (Erstattung der Kosten für Reparaturen usw.) besteht bei Mietern wie bei Vermietern noch eine heillose Unklarheit. Die im 15. Verwaltungsbezirk vereinigten Mietervereine haben daher einen Belehrungskursus für ihre Mitglieder eingerichtet. Um die Sache nicht einseitig zu behandeln, wird am nächsten Donnerstag in der Schule Wildenbruchstraße in Treptow ein Vertreter der Vermieter Vortrag halten.

Abgabe der Steuererklärung für 1921

Die Frist zur Abgabe der Einkommensteuer-Erklärung für das Jahr 1921 läuft am 15. März ab. Zur Abgabe der Steuererklärung sind alle diejenigen Personen verpflichtet, die im Kalenderjahre 1921 ein steuerbares Einkommen von mehr als 24 000 M. gehabt haben, sowie diejenigen, die zur Abgabe einer Steuererklärung besonders aufgefordert worden sind. Die Abgabe der Steuererklärung hat beim zuständigen Finanzamt zu erfolgen. Wenn die Frist nicht gewahrt wird, kann das Finanzamt einen Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegen.

Abvermietungswucher nicht strafbar?

Nach Auslassungen des „Grundeigentums" hat in dem Hause Nachodstraße 12 in Wilmersdorf eine Mieterin ein möbliertes Zimmer, für das sie selbst einschließlich Heizung nur rund 50 M. bezahlt, für monatlich 800 M. vermietet. Die Staatsanwaltschaft soll auf die Strafanzeige geantwortet haben, daß das Gesetz betreffend Preistreiberei auf Mietverhältnisse keine Anwendung findet. Der in diesem Falle geforderte Preis für ein abvermietetes Zimmer ist in Berlin sicher noch nicht der höchste. Trotzdem es meistens nicht eines besonderen Schutzes benötigende Leute sind, die diese Preise anlegen können, müßte der Mieterschutz bzw. das Wucherverbot im Interesse der anderen auch auf Abvermieter angewendet werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Zentralvorstandssitzung findet am Mittwoch, den 15. März, abends 6 Uhr, nicht in der Arbeiterbildungsschule Breite Straße 8/9, sondern Breite Straße 35 I statt. Die Magistrats-Stadträte sind auch hierzu eingeladen. Die Geschäftsleitung.

Eine nächtliche Streife unternahm die Kriminalpolizei unter Leitung des Kriminalkommissars Müller und des Kriminaloberwachtmeisters Krähe durch den Südosten Berlins. Gegen 12 Uhr nachts wurden zwei Spiellokale in der Naunynstraße 82 und am Mariannenplatz ausgehoben. Etwa 20 Personen, die beim Glücksspiel betroffen wurden, mußten den Weg zum Polizeipräsidium antreten. Kurze Zeit danach wurden auch einige Hotels am Görlitzer Bahnhof besucht. Mehrere Personen, darunter auch ein Russe, die sich nicht ausweisen konnten, mußten hinaus in die kalte Nacht. Gegen 3½ Uhr nachts drang man überraschend in ein Spiellokal im Hause Schönleinstr. 18 ein und nahm ca. 70 Glücksspieler fest. Unmittelbar darauf wurde ein der Kriminalpolizei schon seit einiger Zeit bekannter Spielklub im Hause Urbanstraße 63 mit 40 Personen ausgehoben. Gegen 5 Uhr früh ging es zu dem Manteuffelkasino in der Manteuffelstraße, wo man sich trotz wiederholten Klopfens taub stellte. Man mußte sich gewaltsam Eingang verschaffen und traf hier 20 Personen beiderlei Geschlechts an, die meist dem Dirnen- und Zuhältertum angehören. Einige von ihnen, denen das Zusammentreffen mit der Polizei wohl besonders peinlich war, versuchten zu flüchten, wurden aber ergriffen und mußten ebenfalls auf die bereitstehenden Lastautos klettern. Auf der Rückfahrt zum Polizeipräsidium morgens gegen 7 Uhr gab es am Alexanderplatz noch ein heiteres Intermezzo. Ein Bajazzo, der nach durchzechter Nacht noch nicht heimfinden konnte, gab einem zahlreichen Publikum eine Tanzvorstellung auf den Rasenplätzen des „Alex". Da er sich absolut nicht beruhigen konnte, nahm man ihn zusammen mit den anderen Nachtvögeln gleich mit nach dem nahen roten Hause, wo er bis zu seiner Ausnüchterung verbleiben mußte.

Charlottenburg. Die Elternbeiräte der drei sozialistischen Richtungen berufen zum Donnerstag, den 16. d. Mts., abends 7½ Uhr, nach der Kaiser-Friedrich-Loge, Kaiser-Friedrich-Str. 37, eine Versammlung aller Eltern ein, die Anhänger der bekenntnisfreien Schule sind, und deren Kinder jetzt eingeschult werden. Zweck: Zusammenfassung zur Bildung von Klassen. Vortrag: Dr. Kawerau.

Jugendweihe in Weißensee. Die Einlaßkarten für die am Sonntag, den 26. März, vorm. 10 Uhr in der gärtnerisch geschmückten Gemeindeturn- und Festhalle, Pistoriusstr. 23 stattfindende Jugendweihe können jetzt in Empfang genommen werden, und zwar die Freikarten der Eltern nur beim Gen. Heirl, Gäblerstr. 7 und im Physiksaal des Realgymnasiums Montags und Donnerstags nachm. 5 Uhr. Eine beschränkte Zahl Gastkarten à 4 M. sind bei den Funktionären zu haben.

Nationalistische Provokationen. Unter dieser Spitzmarke veröffentlichten wir kürzlich eine Zuschrift, in der darüber Beschwerde geführt wurde, daß in dem Restaurant Groß-Berlin am Alexanderplatz nationalistische Weisen gespielt wurden. Der Kapellmeister des Lokales teilt uns nun mit, daß dies nicht der Fall sei. Es werde nichts gespielt, was geeignet sein könnte, rechts oder links anzustoßen.

Gewerkschaftliches

„Bonzendämmerung"

Wir haben schon einmal, nach Abbruch des Eisenbahnerstreiks, unsere Leser mit der geistigen Einstellung und der an den Tag gelegten Art der Reichsgewerkschaftler, speziell der Lokomotivführer, soweit wenigstens ihr Organ, der „Vorwärts" in Frage kommt, bekannt gemacht. Wenn wir damals die Empfindung hatten, daß in der Hitze des Rückzugsgefechtes diese geistlosen Tiraden gegen die freien Verbände und das In-den-Himmel-heben des allerneuesten Prinzips, der „parteiunabhängigen" Organisationen im Gegensatz zu den „kabinettstreuen" Verbänden, entstanden sind, die man schnell wieder in den Orkus verschwinden lassen wird, so müssen wir leider gestehen, daß wir uns getäuscht haben.

Der Schriftleiter Donny hat seinen Ton nicht nur nicht geändert, sondern wie besessen reitet er auf seine „Erfindung" herum, produziert sich als wildgewordener „Entdecker" neuer Erkenntnisse und Sprachschöpfer mit expressionistisch-futuristischem Einschlag, wofür die Nr. 11 des genannten Organs den größlichsten und beschämendsten Beweis erbringt. Dieser Mann überschreibt seinen Artikel mit „Bonzendämmerung", redet vom „Bonzenregime" der „Regierungs-, Partei- und Gewerkschaftsbonzen", die „das Gedeihen des Volkes vergessen haben", nachdem er anderthalb Spalten nordische Sagengeschichte verzapft und erklärt, „die Arbeitnehmer beginnen an ihren Führern zu zweifeln". Die einzige Rettung ist daher „die einige Nurgewerkschaft", die nicht von „parteigebundenen Gewerkschaftsbonzen" abhängig ist.

Der Streik der Eisenbahner und seine gewaltsam aufgebauschten „Erfolge" sind „die größten sozialen Taten der deutschen Kulturgeschichte". Die freien Verbände sind „tönerne Kolosse", tragen eine „unabwaschbare Schuld" und sind nur

„scheingewerkschaftliche Vereine zur Bekämpfung des Arbeitnehmerbewußtseins ihrer Mitglieder".

Die „parteiversippten Gewerkschaften" und die „kabinettstreuen Gewerkschaftsbonzen" sind daher „im geistigen Kampfe gegen das parteiunabhängige Nurgewerkschaftsprinzip aller Schattierungen bereits kläglich unterlegen."

Uebrig blieb nur auf dem Schlachtfelde der „Vorwärts" mit seinem komplett aus dem Gleichgewicht geratenen Donny...

Es geht nicht an, sich mit solchen Koryphäen allerkleinsten Formats auseinanderzusetzen, die nicht die geringste Spur von gewerkschaftlichem Wissen und Erkenntnis ihr eigen nennen. Jener Herr wäre uns auch sehr nebensächlich, wenn er nicht fälschlich vorgeben würde, der einwandfreie Interpret aller Lokomotivführer in Deutschland zu sein. Es wäre ein ungemein beschämendes Armutszeugnis, das sich die Mitglieder ausstellen würden, wenn dies der Fall sein sollte. Glücklicherweise trifft dies auch nicht zu. Die Verbandsmitgliedschaft hat aber nach diesen Proben alle Veranlassung, schleunigst jene verrückten Stilübungen zu unterbinden, soll nicht die ganze Organisation noch mehr diskreditiert und in eine „splendid isolation" gebracht werden.

Sofortiges Handeln gilt hier doppelt, ist eminent notwendig, soll nicht noch größerer Schaden für die Mitglieder angerichtet werden.

Die unfähige Nothilfe

Zum Müllkutscherstreik.

Mit allen Mitteln versucht die Wirtschaftsgenossenschaft, Arbeitswillige zu gewinnen, um mit diesen ihren Betrieb in Gang zu bringen, ohne jedoch mit den angeworbenen Elementen Glück zu haben. Nach einer kurzen Kostprobe ziehen diese es vor, die Arbeit wieder aufzugeben. Die Leistungen jener Leute sind minimal und stehen in keinem Verhältnis zu den hohen Kosten. Die Zahl der in Betrieb gesetzten Gespanne beträgt kaum ein Drittel, die vor dem Streik in Tätigkeit waren. 29 Gespanne der Depots in Moabit und in der Bautzener Straße sind mit „Nothelfern" besetzt. Auf den Depots in der Warschauer Str. 46 bzw. Müllenstr. 4/5, Greifswalder Str. 92 und Weißensee, Sedanstraße, arbeiten etliche Streikbrecher. Die Wagen sind, soweit sie in Betrieb sind, mit 3 und 4 Arbeitswilligen bzw. Nothelfern besetzt, die pro Stunde 13 M. und täglich 30 M. Verpflegungsgelder erhalten, während den Arbeitswilligen 750 M. pro Woche gezahlt werden. Bedenkt man, daß die Streikenden laut Tarif gehalten waren, zwei Mann täglich drei Fuhren zu fahren, die Nothilfe und auch die Arbeitswilligen unter dem Schutz der Sipo mit drei Mann am Wagen durchschnittlich täglich ½ bis ¼ Fuhre leisten, so wird man begreifen, daß trotz der hohen Kosten die Höfe nicht sauber werden und auch nicht durch Mithilfe von engagierten kleinen Fuhrunternehmern, die als Arbeitswillige ihre Gespanne selbst bedienen.

Dieser Skandal zeigt aber deutlich, daß die Klagen der WG., höhere Müllabfuhrgebühren könne der Hausbesitz nicht tragen, unbegründet sind.

Für unfähige Streikbrecher und Nothelfer gibt's Geld in Hülle und Fülle, das eingearbeitete leistungsfähige Personal aber soll mit Hungerlöhnen und verschlechterten Bedingungen vorlieb nehmen. **Nur der krasse Herrenstandpunkt der WG. ist es, der den Frieden verhindert. Würde die Genossenschaft ihren eigenen Arbeitern den Lohn zahlen, den die Arbeitswilligen erhalten, wäre der Streik schon längst vergessen.** Weil sich aber die Arbeitnehmer nicht dem Diktat der Direktion fügen wollen, müssen die Bürger Berlins, da es die Genossenschaft so will, alle die Unannehmlichkeiten, die durch das Anhäufen des Mülls auf den Höfen entstehen, hinnehmen.

Arbeiter, übt Solidarität, unterstützt die Müllkutscher in dem ihnen aufgezwungenen Kampf, werdet nicht zu Verrätern, meidet die Arbeit bei der Wirtschaftsgenossenschaft!

Die 6-Uhr-Ladenschluß-Bewegung

Die im Berliner Einzelhandel beschäftigten Arbeitnehmer (kaufmännische Angestellte, Handels-, Hilfs- und Fach-Arbeiter) haben den Kampf um die Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses erneut von sich aus aufgenommen weil die Gesetzesmaschine bisher versagt hat. Fortschrittlich und human gesinnte Arbeitgeber haben schon seit langem den 6-Uhr-Ladenschluß für ihre Geschäfte ohne Schädigung ihrer Interessen eingeführt. Die Mehrzahl der Berliner Einzelhändler hat jedoch für die durchaus berechtigten Forderungen des Personals kein Verständnis.

Die Berliner Gewerkschaftskommission, das Ortskartell des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) und das Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel fordern hiermit alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, sowie das kaufende Publikum auf, die Arbeitnehmer der Berliner Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte bei ihren Bestrebungen um die Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses zu unterstützen und die heute abend um 7½ Uhr im Deutschen Hof, Luckauer Str. 15, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18, und Pharus-Sälen, Müllerstr. 142, stattfindenden Versammlungen zu besuchen!

Kaufgenossen, übt Solidarität!
Kauft nicht nach 6 Uhr abends!

Teuerungsausgleichszulage im Versicherungsgewerbe

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

In der am 13. März im Reichsarbeitsministerium zwischen den Vertragsparteien unter Vorsitz des Herrn Ministerialrats Hausmann stattgehabten Besprechung wurde vereinbart, daß am Dienstag, den 21. März, ein Schlichtungsausschuß darüber befinden soll, ob die Voraussetzungen für eine Neuregelung der Gehälter noch vor Ablauf der vertragsmäßigen Kündigungsfrist (30. April 1922) gegeben sind. Im Falle der Bejahung dieser Vorfrage hat die materielle Regelung durch Parteiverhandlungen bzw. durch ein weiteres Schlichtungsverfahren zu erfolgen.

Forderungen der Wertheim-Angestellten

Am 8. März d. Js. fand in Haverlands Festsälen die gutbesuchte Betriebsversammlung der Firma A. Wertheim G.m.b.H. statt, in der der Vorsitzende Arnoldt den Bericht über die Tätigkeit des Betriebsrats geb. Er kennzeichnete verschiedene krasse Vorkommnisse als Folge der ausgeprägten Betriebsbureaukratie. Die Ausführungen wurden von anderen Rednern kräftig unterstrichen. In der lebhaften Diskussion trat immer wieder zutage, daß nur durch das einmütige Zusammengehen der Arbeiter und Angestellten dem Unternehmertum gegenüber etwas erreicht werden könne. Nachdem die Kollegin Weinberg vom A. d. A. über die Schwierigkeiten, überhaupt zu Tarifverhandlungen mit den Unternehmern im Einzelhandel zu gelangen, berichtete, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 8. März 1922 in Haverlands Festsälen tagende Betriebsversammlung der Firma A. Wertheim G.m.b.H. beauftragt die Verbände, mit der Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin sofort in Lohnverhandlungen zu treten, damit den Angestellten Ultimo März die höheren Gehälter schon ausbezahlt werden, weil die heutigen Löhne schon lange nicht mehr mit der Teuerung in Einklang zu bringen sind."

Krankenkassenwahl Niederbarnim! Am 19. März 1922 finden die Wahlen zur Niederbarnimer Krankenkasse statt. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, welcher Mitglied der Kasse ist, sein Wahlrecht auszuüben. Auch sozialistische Arbeitgeber müssen an der Wahl teilnehmen, da auch eine freie Arbeitgeberliste aufgestellt ist. Die Liste der freien Arbeitgeber lautet:

Liste B Ernst Knötschke Vernau.

Alle Arbeitnehmer wählen

Liste 1. Rühle, Metallbrenner

der freien Gewerkschaften.

Gewerkschaftsvorstände, Kartellbevollmächtigte, Betriebsräte und Vertrauensleute in Spandau. Mittwoch, den 15. März 1922, abends 7½ Uhr, findet in den Zentralfestsälen (früher Palmer), Ritterstr. 12, eine Funktionärkonferenz statt, welche zu der geplanten Schlichtungsordnung, zum Arbeitsnachweis- und zeitgesetz Stellung nehmen soll. Genossen erscheint zahlreich!

Ein sauberer Betriebsrat. Vom Zentralverband der Hotel-Angestellten wird uns zu der, unter obigem Titel erschienenen Notiz mitgeteilt, daß seitens der K. P. D. Wert darauf gelegt wird, festzustellen, daß der Betriebsrat Riedel, Hotel Esplanade, niemals der K. P. D. angehört hat.

Fabrikarbeiter! Die am 5. Februar ausgefallene Generalversammlung findet am Sonntag, den 12. März, vormittags 9 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Verbandsbuch und Delegiertenmandat legitimiert; ohne dieselben kein Zutritt. — Die Ortsverwaltung.

Italienischer Gewerkschaftskongreß

Der vierte Kongreß der Unione Sindicale Italiana wurde am 13. März in Rom eröffnet. Eine heftige Debatte ist namentlich über den Punkt der Tagesordnung entstanden, der die Beziehungen zu den internationalen Organisationen behandelt. Eine um die Zeitschrift „L'Internazionale" gruppierte und von Bucci geführte Fraktion tritt für den Anschluß an die kommunistische Internationale ein, während die um die Zeitung „Vita Nuova" gruppierte Fraktion gegen den Anschluß ist.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Heisel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Lomersinner, Berlin. — [illegible]
Max Roser, Berlin SW68, Alexandrinenstr. 110.